

Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Bremen e.V.

Parität: 80 Jahre – 8 Meinungen

Visionen für den Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Bremen
Bremen, im Oktober 2004



80 Jahre – 8 Meinungen

Visionen für den Paritätischen Wohlfahrtsverband,
Landesverband Bremen

Bremen, Oktober 2004

**Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Landesverband Bremen e.V.**

**Eduard-Grunow-Straße 24
28203 Bremen
Tel. 04 21-791990
Fax 04 21-7919999**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort und mehr... von Prof. Dr. Jürgen Blandow	5
Der PARITÄTISCHE in 10 Jahren – eine Vision von Dr. Karl Bronke	8
Nicht den Stachel verlieren! von Volker Busch-Geertsema	10
Sollen, Werden, Wollen von Prof. Dr. Herbert Effinger	12
Geschlechtergerechtigkeit kommt nicht von allein von Ulrike Hauffe	16
Der PARITÄTISCHE Bremen – ins Gelingen verliebt statt ins Scheitern von Alexander Künzel	18
Nicht überrollen lassen, unbequem sein! von Karoline Linnert	20
Wohlfahrtsverbände als Zukunftswerkstätten?! von Ingelore Rosenkötter	22
80 Jahre PARITÄTISCHER – offen für die Zukunft! von Gerd Wenzel	23
(K)ein Nachwort von Jürgen Wäcken	27

Vorwort und mehr...



Prof. Dr. Jürgen Blandow

*Professor für Sozialpädagogik an der Universität Bremen,
Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes,
Landesverband Bremen e. V.*

Vorworte zu einem „Sammelband“ sollten das allgemeine Thema umreißen und in seinen Dimensionen entfalten, um dann die einzelnen Beiträge in den Argumentationszusammenhang einzubinden. Das geht in diesem Fall nicht. „80 Jahre“, nicht gemeint als eine Auseinandersetzung mit den 80 Jahren einer Organisation, sondern als Datum eines Jubiläums, sind kein wirkliches Thema und „8 Meinungen“ sind eben 8 Meinungen und keine nach vorgegebener Struktur entfaltete Kette von Argumenten. Was vorliegt sind 8 Meinungen zu einem 80-jährigen Jubiläum und Antworten auf die vorab gestellte Frage, welches Profil der Verband in zehn Jahren haben sollte: von Personen, die dem PARITÄTISCHEN in Bremen enger oder weiter verbunden sind, die ihn Wert fanden, ihm etwas zu schreiben und die, verankert in ihrer Position und an ihrem jeweiligen „sozialen Ort“, dem Verband etwas mitzugeben wünschten. So war es gemeint; so ist es gut. Ein herzlicher Dank an die Gratulanten, die Lobenden, die sich Sorgenden, die Analysierenden und Prognostizierenden. Ein herzlicher Dank im Übrigen auch an die IdeengeberInnen für diese „Aktion“ in der Geschäftsstelle des Landesverbandes. Ende des Vorworts und Beginn einer neunten Meinung...

80 Jahre sind nicht nur ein Alter, sondern eben 80 Jahre, vier Fünftel eines Jahrhunderts. Sie stehen für vier Hauptphasen gesellschaftlicher und politischer Entwicklung: Weimarer Republik, Faschismus, Nachkriegsperiode unter alliierter Kontrolle und Bundesrepublik. Und sie stehen, was die letzte Phase angeht, unter sich ständig wandelnden

ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen en détail: Soziale Marktwirtschaft (mit Adenauer, Erhard, Zigarre, Wirtschaftswunder und Schlüsselkindern), sozialdemokratischem Keynesianismus (mit Brandt und Schmidt, Kniefall, Bildungskrise, Studentenbewegung, Ölkrise, konzertierter Aktion, Schuldenberg und Einstieg in die Drogenszene), gezügeltem neo-liberalem Konzept (mit Kohl – sonst Niemandem –, aussitzen, abbauen, ausgrenzen, Montagsdemos, Einigung, Entzweiung und Individualisierungsverlierern), und schließlich dem radikalisierten neo-liberalen Konzept (mit Schröder – lauernd Merkel und Stoiber –, abgelegten Turnschuhen, 11. September, Arbeitsdirektor VW IV, wieder Montagsdemos...).

Und mittendrin der Wohlfahrtsverband, der Fünfte, der nationalsozialistisch volkswohlfahrtschaftlich integrierte, der DPWV, der PARITÄTISCHE. Der PARITÄTISCHE hat alle Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung durchlebt, sie mit erlitten und mit gestaltet, sich seiner jeweiligen Chancen vergewissert und sein Gewissen in der Auseinandersetzung mit dem entwickelt, was es zu tun gab. Es gibt da nichts zu beschönigen: „Wohlfahrt“ ist nicht autonom; sie ist eine Funktion des Wohlfahrtsprojekts, seines politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Umfeldes. Der „Fünfte“ wurde nicht aus Menschenliebe gegründet, sondern weil es nur für Mitglieder eines Wohlfahrtsverbandes 10 Pfg. pro Bett und Tag aus der Kasse des Wohlfahrtsministeriums gab und der neue Wohlfahrtsstaat die Einbindung aller freien Kräfte für dringlich erforderlich hielt. Die

Integration in den Machtapparat der national-sozialistischen Projekts erfolgte, weil die Mehrheit der Mitgliedsorganisationen und der Hauptgeschäftsstelle nichts dagegen hatte und es das Überleben sicherte. Der DPWV nutzte – nein, nicht schamlos, sondern ausgesprochen klug – seine besondere Position als nicht-konfessionell und nicht-weltanschaulich gebunden in den Zeiten der Modernisierung der Gesellschaft dazu, sich mit den neuen sozialen Bewegungen zu verbinden und ein gutes Stück der reichlich fließenden Zuwendungen für sich und sie zu vereinnahmen. Dem PARITÄTISCHEN, nicht nur im Schriftbild werbewirksam-marktwirtschaftlich neu gestylt, sondern mit dem Namenszug auch seine – kritische, aber doch – Anpassungsfähigkeit an die sich rasch wechselnden Anforderungen der Moderne ausdrückend, gelang es noch einmal – dabei keineswegs zimperlich – seine weltanschauliche Neutralität nutzbringend für die Erweiterung von Einfluss (in den „Osten“ hinein) zu nutzen und sich ansonsten auf das Tagesnotwendige zu konzentrieren. Was gegenwärtig eben heißt: Schlimmstes abwenden, ohne alles aufs Spiel zu setzen und die marktwirtschaftlichen Chancen nutzen und ihre Gefahren beschwören. Noch mal: Ein Wohlfahrtsverband kann nur das sein, was ihm seine Umwelt an Möglichkeiten lässt. „Du meinst zu schieben, doch Du wirst geschoben“ – Goethe wusste es schon.

Keine Spielräume? Doch natürlich. Geschichte (und Zukunft) wird schließlich von Menschen gemacht und Menschen sind eben etwas Doppelpes: Objekt ihrer Verhältnisse und sie interpretierende Subjekte zugleich. Was das Verhältnis des Einen zu dem Anderen ausmacht, die Dialektik von Objekt und Subjekt, ist freilich selbst nicht konstant. In bestimmten Zeiten – wir haben solche heute der Tendenz nach – kann der gesellschaftliche Zwang so groß werden, dass auch die Subjektivität in Mitleidenschaft gezogen wird und an Gestaltungsmöglichkeit verliert und schlimmer noch: Entfremdende Strukturen können ihr Pendant in der Selbstentfremdung der Menschen finden. Man stößt auf sie: In der trotz oder wegen ständig organisierter Animation (kaufen, feiern, glotzen) Langeweile der Menschen; in der von der Politik gezeißelten und gleichzeitig geschürten

„Politikverdrossenheit“, die doch in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Verinnerlichung von „die da oben machen sowieso was sie wollen, was geht’s mich dann an“; in der Gleichgültigkeit sich selbst und anderen gegenüber.

Auch dieses ist Umfeld eines Wohlfahrtsverbandes, in dem er sich bewähren muss und das seine Spielräume begrenzt. Der PARITÄTISCHE kann nicht mehr auf das selbstbewusste Klientel der 70er Jahre setzen; er hat seine Funktion als Trendsetter öffentlicher Meinungsbildung zu sozialpolitischen Themen längst eingebüßt. Er kann auch nicht mehr (so ohne weiteres) an Autonomie und Selbstbestimmung appellieren. „Engagiert Euch doch“, dieser Appell verpufft genauso, wenn eine Enquete von den „Bürgerinnen und Bürgern“ bürgerschaftliches Engagement einfordert, wie wenn der Lehrer Beteiligung auf den Lehrplan setzt oder der Verbandsfunktionär die gute Zeit der 70er beschwört. Wo es keine innere Bewegung gibt, wird jeder Schritt nach vorne zur Qual.

Umfeld und damit auch Spielräume von Wohlfahrtsverbänden haben sich auch verändert, weil ihr internes Umfeld – die eigene Organisation ebenso wie die Organisationen, die sie zu vertreten haben – nicht unbeeinflusst von den Einflüssen der externen Umwelt geblieben sind. Was früher politische Zuwendung und Zuwendungen brachte – eine kritische Positionierung, die innovative Lösung, die Entdeckung des neuen Problems –, kostet sie heute. Und wo früher noch gemeinsame Interessen mobilisierbar waren (weil es allen nutzte) muss heute mit kritischer Distanz gerechnet werden. Dies hat die Identität zwischen verbandlich thematisierter Meinung und den politisch-gesellschaftlichen Themen nicht aufgehoben, nur dass diese Themen heute eben andere sind als früher; die Themen des neo-liberalen Projekts. Kein Verband kommt – bei Drohung seines Untergangs – darum herum, sich seine Schere in den Kopf zu pflanzen.

Denn also doch keine Spielräume? Doch, immer noch. Der persönliche, auf das Detail bezogene, ohnehin. Wichtiger aber ist, dass inneres und äußeres Umfeld sie selbst beeinhaltet. Es gibt Widersprüche und Ambivalenzen, Inter-

essenunterschiede und eben den unterschiedlichen „sozialen Ort“ der jeweils Handelnden. Die faktische Beschneidung von bürgerschaftlichem Engagement und die gleichzeitige Forderung nach ihm ist so ein Widerspruch. Dass Verelendung gleichzeitig gemacht und in seinen gesellschaftlichen und ökonomischen Konsequenzen Sorgen macht, ein anderer. Dass gelangweilte Menschen eben Langeweile haben, dass Frauen und Männer die Welt aus unterschiedlichen Blickwinkeln sehen, politische und Verwaltungsinteressen nicht unbedingt deckungsgleich sind und dass Mitgliedsorganisation mal dichter dran sind an „herrschenden Themen“, mal weiter weg, und einige abhängiger von ihnen als andere, sind weitere Handlungsspielräume eröffnende Widersprüche. Zur Umwelt des Wohlfahrtsverbandes gehört auch deren Widersprüchlichkeit.

Der PARITÄTISCHE muss sich in diesem gleichzeitig über-determiniertem wie mit seinen Widersprüchen unter-determiniertem – ökonomischen, politischen, gesellschaftlichen – Umfeld bewähren. Was konkret heißt dies für seine Gegenwart und für seine Zukunft? Es heißt – zum ersten – er muss seine Rolle annehmen. Als Vertreter seiner Mitgliedsorganisationen (und vermittelt über sie für ihr Klientel) und als Vermittler zwischen ihnen und der kommunalen und staatlichen Politik braucht er Augenmaß für das Gewollte, das Mittragbare und das Durchsetzbare. Nur wer guckt, kann auch sehen. Es heißt – zum zweiten – er muss, seiner Tradition wegen ebenso wie seines Mitgestaltungsauftrags für die Gegenwart und Zukunft wegen, in seinen Ideen, Forderungen und Taten immer etwas mehr verlangen, als es sein Umfeld zu geben bereit ist. Nur wer kitzelt, kann den Sprung provozieren. Er muss – drittens – sich selbst als Organisation in Ordnung halten und hierbei nicht nur (aber auch) an seine Finanzen und die Zufriedenheit seines Personals denken, sondern auch Mechanismen zur Bewältigung von Ambivalenzen und Ungewissheiten entwickeln. Nur wer sich Unruhe erlauben kann, kann Unruhe stiften. Er muss sich – viertens und zusammengefasst – gleichzeitig anpassen und an seiner Anpassung leiden. Nur wer sich distanziert, kann mitmachen ohne zum Täter zu werden.

Der PARITÄTISCHE in 10 Jahren – eine Vision



Dr. Karl Bronke

Senatsrat,

Leiter der Abteilung Soziales beim Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Das Bildtelefon des Chief Managers von Parity: Charity (kurz P:C) summt, und auf dem Monitor erscheint unter dem Datum 07:04:2014 das Bild von Prof. Blandow, der ehrenamtlich das Archiv von P:C betreut. „Wir haben jetzt die CD-ROM zum 90. Jubiläum des Verbandes fertig“, berichtet der frühere Vorsitzende, „wieviel Exemplare sollen wir pressen lassen?“ – „Ach“, stöhnt der Chief Manager, „seit wir uns vor 10 Jahren entschieden haben, uns ganz auf die Interessenvertretung für kleine Träger, Initiativen und Selbsthilfegruppen zu spezialisieren, brauchen wir allein 500 Stück für unsere Mitgliedsorganisationen. Und wir hatten ja zugesagt, sie allen freiwillig Engagierten als kleine Anerkennung zu schenken. Das geht in die Tausende!“

Lassen wir die beiden Herren mit ihren Sorgen zunächst allein. Aber: so könnte eine Option für die Entwicklung des PARITÄTISCHEN aussehen. Denn wenn man seinen Platz im unübersichtlichen, dann zunehmend europäisierten und umkämpften „Wohlfahrtsmarkt“ finden will, muss man seine Stärken, sein spezifisches Profil, sein „Alleinstellungsmerkmal“ verdeutlichen. Der PARITÄTISCHE hat zwei Besonderheiten: er ist nicht weltanschaulich „angebunden“, und er hat zahlreiche Mitgliedsorganisationen. Der PARITÄTISCHE ist also prädestiniert dafür, das Sprachrohr für kleinere, unabhängige Träger, Vereine, Gruppen zu sein, die sich nicht den Vorgaben eines „Richtungsverbandes“ unterordnen wollen. Der PARITÄTISCHE kann ihnen neben der Interessenvertretung auch Beratung und praktische Hilfen

bieten – von der Antragstellung für EU-Projekte über Personalverwaltung bis hin zum Verwendungsnachweis (den es in 10 Jahren hoffentlich so nicht mehr gibt).

Ein weiterer, jetzt schon erkennbarer Trend wird in den nächsten 10 Jahren an Bedeutung gewinnen. Bürgerschaftliches Engagement wird weiter wachsen, in der Quantität und in der Bedeutung für die Sozial- und Jugendpolitik. Viele Angebote werden auf diesem Weg neu entstehen, und viele bestehende Angebote werden ohne dieses Element nicht mehr möglich sein, mehr noch: es wird ein Gewinn für viele Angebote sein, professionelle Tätigkeiten durch freiwilliges Engagement zu ergänzen. Hier hat der PARITÄTISCHE jetzt schon eine wichtige Rolle, die er ausbauen und zu einer tragende Säule machen kann.

Muss sich dann der PARITÄTISCHE von seinen großen Mitgliedsorganisationen, seinen derzeit besten Beitragszahlern, trennen? Ja, wenn sie mit den zukünftigen Schwerpunkten des PARITÄTISCHEN nichts am Hut haben. Nein, wenn sie auch selbst an der Förderung bürgerschaftlichen Engagements mitwirken wollen, wenn sie dieses Element in ihre Angebote integrieren wollen, wenn sie an Kooperationen interessiert sind. Und dieses Interesse sehe ich schon jetzt beim derzeit größten Beitragszahler des Verbandes, bei anderen wäre es zu wecken oder zu entwickeln.

Und was wird aus den paritätischen Gesellschaften? Hier gilt das eben Gesagte analog: wenn sie mit Selbsthilfe, freiwilligem Engagement und Nachbarschaftshilfe zu tun haben, passen sie wunderbar in das Profil des PARITÄTISCHEN. Dass die Dienstleistungszentren mit der „organisierten Nachbarschaftshilfe“ dazu gehören, versteht sich fast von allein. Und auch Begegnungsstätten leben vom Engagement ihrer Besucherinnen und Besucher, sind Teil der Nachbarschaft (und wo sie es nicht sind, sollten sie es werden). Auch die Angebote für Menschen mit Behinderung können sich produktiv in diese Richtung weiterentwickeln, denn Ziele wie Integration und Normalität lassen sich so besser erreichen.

Kehren wir zurück zu unseren beiden Herren (vielleicht ist der dann amtierende Chief Manager auch eine Dame? Ein weiterer Trend, der abzusehen ist.). „Nun gut“, ergänzt der Chief Manager, „Aktivitäten für Ehrenamtliche, das ist ja fast der einzige Bereich, für den es noch zusätzliche Zuschüsse des Senats gibt. Die CD-ROMs können wir uns wohl noch erlauben.“ – „Außerdem ist das Material enorm billig, verglichen mit den Preisen von vor 10 Jahren“, ergänzt Prof. Blandow. „Löhne, Sozialleistungen und die Preise von Elektronik-Artikeln sind gesunken, alles andere ist teurer geworden.“ – Noch so ein Trend, der wahrscheinlich ist. Oder?

Nicht den Stachel verlieren!



Volker Busch-Geertsema

Sozialwissenschaftler (GISS e.V. Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung), Mitglied bei drei Mitgliedsorganisationen des Verbandes (Verein Wohnungshilfe e.V., ALLWO, Hilfen für alleinstehende Wohnungslose e.V. und Bremische Straffälligenbetreuung)

Der PARITÄTISCHE hat sich mächtig gewandelt in den letzten Jahren. Er hat sich wirtschaftlich konsolidiert, hat Personal abgespeckt, hat die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen verstärkt im Blick.

Als ich den Bremer Landesverband kennen gelernt habe, hatte das sozialpolitische Engagement, das Aufdecken sozialer Missstände und die Forderung nach entschiedenen Gegenmaßnahmen gegen Armut und Ausgrenzung beim Verband und bei vielen Mitgliederorganisationen noch einen anderen, einen höheren Stellenwert. Der PARITÄTISCHE war ein ziemlich buntes Sammelbecken vieler kleiner und einiger recht großer Organisationen. In meiner Erinnerung erscheint mir der alte „DPWV Bremen“ chaotischer, weniger professionell, vorlauter und in der Öffentlichkeit präsenter als heute. Unter heutigen Bedingungen mag es schon als der reine Luxus anmuten, dass die beiden Arbeitskreise „Wohnen“ und „Sozialhilfe“, in denen ich über viele Jahre mitgearbeitet habe, zeitweise die volle Arbeitskraft einer hauptamtlichen Referentin gebunden haben.

Aus einer ganzen Reihe ehemaliger Selbsthilfeinitiativen sind zwischenzeitlich professionelle Anbieter sozialer Dienstleistungen geworden. Die Interessengewichte bei vielen Mitgliedsorganisationen haben sich deutlich verschoben. Dazu beigetragen haben die Veränderungen des politischen Klimas, die Debatten über die „Grenzen“ und den „Umbau“ des Sozialstaates, die Einschränkung und stärkere Reglementierung staatlicher Leistungen

im Sozialbereich, der deutlich erhöhte wirtschaftliche Druck auf viele Träger und die verstärkte Konkurrenz um geringer werdende Mittel sowie die erhöhten Anforderungen an den Nachweis von Qualität, Effektivität und Kosteneffizienz sozialer Dienstleistungen. Die Beschäftigung mit Themen wie Leistungsvereinbarungen, Qualitätsmanagement, Casemanagement, Hilfeplanung, neuen Organisationsformen usw. und der Kampf vieler Mitgliederorganisationen um ihren Fortbestand hat in den letzten Jahren eine ganz andere Bedeutung erlangt. In diesem Zusammenhang sind auch an den Verband neue Anforderungen gestellt worden. Der Verband hat diese Anforderungen aufgegriffen und sich Ihnen gestellt. Er erfüllt eine wichtige Funktion, wenn er sich – deutlicher als früher – als Dienstleister und Interessensvertreter seiner Mitglieder definiert.

Allerdings decken sich die Interessen der Mitgliedsorganisationen zwar manchmal, aber keineswegs immer mit den Interessen der Menschen, mit denen sie es zu tun haben. Ich halte das – mittlerweile gelegentlich als „altmodisch“ diskreditierte – sozialpolitische Engagement für die Belange von Armen und Benachteiligten nach wie vor für eine besondere Lobby-Aufgabe sowohl der Wohlfahrtsverbände als auch der in ihnen organisierten Träger, und glaube, dass dies auch eine wichtige Legitimationsgrundlage für ihre Sonderstellung gegenüber gewerblichen Anbietern von Dienstleistungen ist, mit deren Konkurrenz sie es künftig noch mehr als bislang zu tun bekommen werden.

Es lässt sich absehen, dass der Bedarf für ein solches sozialpolitisches Engagement mit den einschneidenden Reformen, mit denen wir zurzeit konfrontiert sind, eher steigen wird. Angesichts der Beschneidung von Anspruchs- und Schutzrechten und der zunehmenden Betonung des „Forderns“ kommt dem Schutz vor behördlicher Willkür und Repressalien neue Bedeutung zu. Bei Maßnahmen des „Förderns“ muss beharrlich und mit Nachdruck eingefordert werden, dass sie den individuellen Problemlagen und der Lebenslage von Personen mit einem Unterstützungsbedarf gerecht werden, dass die Bedingungen annehmbar sind und dass echte Perspektiven zur Überwindung von Armut und Hilfebedürftigkeit eröffnet werden. Schikane und Zwang sind keine geeigneten Grundlagen für das Gelingen sozialer Hilfen und für die dafür zwingend notwendige „Koproduktion“ derjenigen, die Beratung und Unterstützung brauchen. Der geplante massive Ausbau von Prämiendarbeitsplätzen („Ein-Euro-Jobs“) und die eifertig bekundete Kooperationsbereitschaft der Wohlfahrtsverbände (auch des PARITÄTISCHEN) bei der Schaffung solcher „Beschäftigungsgelegenheiten“ verweisen erneut darauf, dass dringend Qualitätsanforderungen an Arbeits- und Integrationsmaßnahmen diskutiert und aufgestellt werden müssen.

Es spricht für den PARITÄTISCHEN, dass der Bundesverband bei der Diskussion um die Hartz-Reformen auch die Notwendigkeit einer Erhöhung der Regelleistungen zur Absicherung des Existenzminimums zum Thema gemacht hat, wenn auch leider vergeblich. Fragen des finanziellen Leistungsniveaus, der angemessenen Miethöhen, der kommunalen Anstrengungen zur Vermeidung von Wohnungsverlusten, der Leistungen und finanziellen Verpflichtungen im Krankheitsfall etc. sind nicht nur Themen der wenigen Mitgliedsorganisationen, die im Bereich der Arbeitslosen- und Sozialhilfeberatung tätig sind, sondern betreffen die Klientinnen und Klienten sehr vieler Mitgliedsorganisationen. Deshalb ist sozialpolitisches Engagement und Öffentlichkeitsarbeit in diesen Fragen auch eine bedeutsame Aufgabe des gesamten Verbandes (auf Bundes- wie auf Landesebene) und wird es auch in zehn Jahren noch sein.

Ansonsten tue ich mich mit „Visionen“ für das Jahr 2014 eher schwer. Ob es dem Verband gelingt, die Bereitschaft und die Bedingungen für das in der öffentlichen Diskussion so hoch im Kurs stehende „bürgerschaftliche Engagement“ zu verbessern, bleibt eine offene Frage. Das Thema wird ihm jedenfalls erhalten bleiben. Er wird sich auch künftig mit wirtschaftlichen und organisatorischen Fragen, mit dem Einsatz moderner Technologien und mit der Verbesserung von Strukturen der Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen und mit den Mitgliedsorganisationen und mit den anderen Verbänden beschäftigen müssen. Die Gewährleistung guter sozialer Arbeit bei schwindenden Finanzmitteln wird auch in Zukunft eine herausragende Aufgabe des Verbandes sein. Er wird verstärkt mit Programmen und Entscheidungen auf europäischer Ebene konfrontiert sein, wird sich mit den Folgen des demographischen Wandels auseinandersetzen und vor viele Herausforderungen gestellt werden, von denen wir heute noch keine Ahnung haben. Die Orientierung an sozialem Ausgleich, der Überwindung von Armut und Ausgrenzung, an der Menschenwürde und an einem möglichst hohem Maß an Selbstbestimmung und Normalität für diejenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind, darf dabei nicht aus dem Blick geraten!

Sollen, Werden, Wollen

Zur Gegenwart und Zukunft des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes bei der Gewährleistung von Hilfen zur sozialen Integration



Prof. Dr. Herbert Effinger

*Professor für Sozialarbeitswissenschaft/Sozialpädagogik
an der Ev. Hochschule für Soziale Arbeit Dresden*

Vorbemerkung

Der Leser sollte wissen, dass ich mich als Mitbegründer und Mitglied einiger Mitgliedsvereine dem PARITÄTISCHEN in Bremen bis heute sehr verbunden fühle. Seit fast 10 Jahren lebe ich nun schon in Dresden und werde daher einen sehr allgemeinen und theseartigen Blick wagen, der sich mit Fragen zum Stellenwert des Sozialen in der Gesellschaft in seinen professionellen und institutionellen Dimensionen beschäftigt. Ich konzentriere meinen Blick darauf, welchen Auftrag Wohlfahrtsverbände dabei erfüllen sollen, welche Entwicklungen sich gegenwärtig abzeichnen und wie sie selber damit umgehen wollen.

Sollen

Der PARITÄTISCHE ist Teil des deutschen Wohlfahrtssystems, das durch eine spezifische gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Gemeinschaft (privaten Haushalten, Nachbarschaft, informellen Netze u.ä.), Markt (kommerziellen Unternehmen) und Staat (öffentliche und kommunale Träger) gekennzeichnet ist. Diese drei Bereiche sind die zentralen Instanzen der Herstellung und Gewährleistung sozialer Integration. Auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips nehmen die Wohlfahrtsverbände seit ihrer Gründung eher eine Stellung zwischen diesen Bereichen ein. Mal sind sie eher dem Bereich Gemeinschaft, mal eher dem Bereich Staat und in letzter Zeit immer öfter dem Bereich

Markt nahe, verpflichtet oder von diesem abhängig. Formal sollen die Gemeinschaften und die ihnen zugeordneten Wohlfahrtsverbände nach dem Subsidiaritätsprinzip einen Vorrang vor dem Staat haben.

Der PARITÄTISCHE selbst bestimmt seine intermediäre Position gern zwischen Staat und Bürgerschaft als „Netz und Lobby für professionelle Soziale Arbeit und Bürgerengagement“ (Leitsätze 2001). Er fühlt sich dabei insbesondere der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe verpflichtet. Das drückt sich u.a. durch eine im Vergleich zu den anderen Spitzenverbänden überdurchschnittliche Anzahl von autonomen Selbsthilfegruppen und Initiativen aus.

Es ist davon auszugehen, dass auch in Zukunft die Bedürfnisse nach sozialintegrativen Dienstleistungen zunehmen werden. Eine solche Prognose fällt relativ leicht wenn man bedenkt, dass schon heute individuelle und gesellschaftliche Bedürfnisse vieler Menschen aufgrund ihrer realen Exklusion von sozialer Teilhabe in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen weit größer ist, als die Mehrheit der Bürger offensichtlich (noch) bereit sind, als legitimen Bedarf anzuerkennen und zu bezahlen.

Ein Bedürfnis ist eben noch kein Bedarf. Bei Bedürfnissen handelt es sich um Mangelempfinden eines Menschen. Sie sind prinzipiell unbegrenzt und subjektiv sehr verschieden. Beim Bedarf handelt es sich um Bedürfnisse, die durch eine kaufkräftige Nachfrage, sprich Geld, befriedigt werden können. Sie sind prinzipiell begrenzt und sie müssen in irgendeiner Form objektivierbar sein. Bei einem sozialem Bedarf ist die gesellschaftliche Anerkennung eines individuellen oder kollektiven Bedürfnisses und die Bereitschaft zur gesellschaftlichen Umverteilung von den Habenden zu den Nicht-Habenden erforderlich. Ein gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit der Anerkennung solcher Bedürfnisse als zu befriedigender gesellschaftlicher Bedarf scheint jedoch immer schwieriger und die Kluft zwischen arm und reich nimmt daher weiter zu.

Werden

Weil sich die Qualität der sozialen Integrationsbedürfnisse in der Vergangenheit teilweise erheblich verändert hat, büßten andere Verbände in den letzten 30 Jahren ein Großteil ihrer traditionellen Milieus ein. Der PARITÄTISCHE konnte hingegen – gegen diesen Trend – ab den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts seine Verankerung in den neuen, „alternativen“ Milieus ausbauen und stärken. Spätestens seit der Wiedervereinigung ist dieser Trend zum Stillstand gekommen.

Von der Gründung der Bundesrepublik bis zum Anfang der 90er Jahre war Deutschland überwiegend durch zunehmendes Wachstum und Wohlstand gekennzeichnet. Der PARITÄTISCHE wurde in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts zu einem Auffangbecken für „Wohlstands-Initiativen“. Nicht dass es diesen alternativen Vereinen und Initiativen wirtschaftlich besonders gut ging, aber das was sie an Bedürfnissen aufgriffen und zu einem gesellschaftlichen Bedarf machten, war nur vor dem Hintergrund einer immer reicher werdenden Gesellschaft und den Zuwächsen der öffentlichen Haushalte denkbar.

Viele Angebote sind noch heute für Bürger weit aus ärmerer Gesellschaften, wie beispielsweise den neuen ost- und mitteleuropäischen EU-Ländern kaum als professionelle und gesellschaftlich finanzierte Angebote vorstellbar. Jenseits existenzieller Problemlagen ging es den meisten Initiativen vornehmlich um fachlich, ethisch oder demokratietheoretisch begründete Alternativen zu etablierten fürsorglichen, bevormundenden oder diskriminierenden „Normal“versorgung. Dieses Projekt war durchaus erfolgreich. Maximen wie Lebenswelt- und Dienstleistungsorientierung, Partizipation, partnerschaftliche Beziehungen, Akzeptanz der Autonomie von Lebenspraxis gelten heute überall als fachlicher Standard.

Der unter Fachleuten heute als weitgehend unstrittig angesehene zunehmende Bedarf an sozial-integrativen Leistungen im Bereich von Alter und Pflege, von Bildung, Behinderung, Migration und alltagsorientierender Beratung, wird sich als eine Verlagerung der Schwerpunkte sozialer Integrationsleistungen zeigen. Im PARITÄTISCHEN wird sich dies wahrscheinlich in einer Verschiebung der Mitgliedsorganisationen bzw. ihrer Arbeitsfelder ausdrücken. So kann man davon ausgehen, dass der Bereich der Jugendhilfe zukünftig einen geringen Stellenwert haben wird.

Im Sozial- und Gesundheitswesen kann man gegenwärtig eine Gleichzeitigkeit von Zentralisierung und Dezentralisierung, von Spezialisierung und Entspezialisierung feststellen. So werden Konzepte wie Sozialraumorientierung und Fallmanagement, in denen das Verhältnis von sozialem Engagement und sozialen Netzen einerseits und professioneller Komplexität und Kompetenz andererseits neu geordnet werden, für die Bearbeitungsstrategien sozialer Integrationsbedürfnisse immer wichtiger. Für Sozialarbeiter verspricht das durchaus mehr fachliche Autonomie, etwa dann, wenn sie als Case Manager zunehmende Steuerungshoheit über komplexe Fälle bekommen und sich dabei die Entscheidungsbefugnisse von der beschäftigten Institution mehr und mehr auf einen individuell verantwortlichen Fallmanager verlagern. Dafür sind dann auch andere Formen der Beschäftigung und andere institutionelle Arrangements erforderlich.

Vermutlich wird es auch in Zukunft eine weitere Polarisierung in einfache und komplexe Tätigkeiten geben. Die einfachen Tätigkeiten werden entweder als Hilfstätigkeiten im Bereich der Pflege und der Behindertenarbeit unter dem Dach der Wohlfahrtsverbände bzw. ihrer eigenständigen Sozialunternehmen eingesetzt. Auf der anderen Seite werden sich wahrscheinlich unter dem Dach von Sozialagenturen freiberuflich tätige Professionelle in professionellen Netzwerken zusammenschließen, um so relativ flexibel auf wechselnde Bedarfe reagieren zu können. Für die Professionellen bedeutet dies, dass sie ihr Plus an professioneller Autonomie wahrscheinlich mit einem Minus an sozialer Absicherung erkaufen müssen.

Bei der gegenwärtigen Entstaatlichung des Sozialwesens geht es schon lange nicht mehr nur um die Reduktion oder Streichung von öffentlichen Zuwendungen, sondern mit der Redefinition dieser Zuwendungen (Koch/Steinbrück) als Subventionen und einer damit verbundenen Gleichsetzung mit der staatlichen Kohleförderung oder den Schiffsbausubventionen ist auch eine Verlagerung der Verantwortung für soziale Integration von der Gesellschaft auf den Einzelnen verbunden. Darin wird auch die Problematik eines Subsidiaritätsprinzips deutlich, das den Staat und damit die gesellschaftlich Institutionen primär als Kontroll- und nicht als Solidarinstanz betrachtet. Staat und Kommunen ziehen sich also nicht nur aus der finanziellen, sondern auch aus der fachlichen Verantwortung zurück.

Wollen

So stellt sich wohl gegenwärtig für den PARITÄTISCHEN die Frage, wie er den Versuchungen und Zumutungen des Marktes und der Erosion seiner Milieus begegnen kann, wie er die Spannung zwischen zunehmender Ökonomisierung und zivilgesellschaftlicher Perspektive aushalten und sein spezifisches „Produktionsprofil“ erhalten kann. In dieser durchaus dilemmatischen Situation stellt sich die Frage, ob er im Kontext der augenblicklichen Entwicklungen die Grenzen und Akzente zwischen der professioneller Bearbeitung gesell-

schaftlich anerkannter Problemlagen und sozialem Engagement aufweichen, festigen oder anders setzen soll und will.

Was ist damit gemeint? Denken wir an die wahrscheinlichen Auswirkungen des sog. Hartz IV-Gesetzes. Die Wohlfahrtsverbände werden mehr oder minder genötigt, arbeitsfähigen Arbeitslosengeld II-Empfängern Arbeitsmöglichkeiten auf der Basis von Mehraufwandsentschädigungen von 1–2 € anbieten. In der Art, wie sie mit diesem Druck umgehen, wird sich zeigen, ob sie eher der Logik der eigenen institutionellen Absicherung durch billige Arbeitskräfte folgen oder aber sich auf die Seite der Betroffenen schlagen und deren Interessen stellvertretend wahrnehmen. Was ist beispielsweise, wenn sich die AGAB und die Solidarische Hilfe vehement gegen diese neuen alten Formen der Pflichtarbeit im Zwangskontext stellen und die Bremer Heimstiftung oder andere Mitgliedsorganisationen diese Menschen als Ersatz oder Ergänzung für Zivildienstleistende in der Pflege und Versorgung Alter einsetzen?

Unabhängig davon wie sich der PARITÄTISCHE in Bremen dazu verhält: In Zukunft wird eine große Zahl weniger oder nicht qualifizierter Arbeitskräfte in die Freie Wohlfahrt gedrängt werden. Die Soziale Arbeit wird sich weiter in komplexe und einfache Tätigkeiten ausdifferenzieren. Damit hat die Zahl der akademisch gut qualifizierten Beschäftigten wohl ihren Höhepunkt schon überschritten und wird eher wieder abnehmen. Überall wo man heute hinhört, ist von Stellenstreichungen und Kündigungen die Rede. Man kann durchaus von einer Dequalifizierungsoffensive durch die gegenwärtige Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sprechen. Will sich der PARITÄTISCHE um seiner eigenen Existenz willen der augenblicklich vorherrschenden neoliberalen Logik anpassen und sich immer mehr aus der Verantwortung für soziale Integration verabschieden und diese einem kaufkräftigen Markt bzw. den von Exklusion Betroffenen oder Bedrohten allein überlassen? Oder will er bzw. seine Mitgliedsorganisationen gegensteuern und eher ihre gemeinschafts- und adressatenbezogenen Wurzeln stärken und bündeln? Wandelt sich der PARITÄTISCHE immer mehr zu einem sozialen Unternehmen, kann er seine Lobbyfunktion

für sozial Schwache nicht mehr glaubhaft ausfüllen. Man überlässt es ja auch nicht Bäckern, Handwerkern oder Einzelhändlern, sich für ausreichende Löhne ihrer Kunden einzusetzen. Erfolgreiche Unternehmen müssen sich nun einmal in erster Linie für das Geld ihrer Kunden interessieren und erst dann für deren allgemeines Wohlbefinden.

Entscheidet sich der Verband für die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe, muss er sich wahrscheinlich mit zunehmender Deprofessionalisierung abfinden.

Ob der PARITÄTISCHE das kann, was er will, hängt aber ganz wesentlich von der Antwort auf die Frage ab, welche Bedürfnisse in Zukunft als soziale Bedarfe anerkannt werden, welcher Teil der Bedürfnisbefriedigung privatisiert und einer kaufkräftigen Nachfrage auf dem Markt überlassen wird und welche in gesellschaftlicher Verantwortung bleiben oder übernommen werden. Der Einfluss auf die Antwort auf diese Frage darf gegenwärtig allerdings als relativ gering angesehen werden. Vielleicht löst der Verband dieses Dilemma auch dadurch, dass er beides oder etwas ganz anderes tut. Wie der PARITÄTISCHE dann aussehen wird und was dann seinen Zusammenhalt ausmacht, muss sich also noch erst zeigen.

Geschlechtergerechtigkeit kommt nicht von allein



Ulrike Hauffe

Bremer Landesbeauftragte für Frauen

80 Jahre gewachsene Geschichte des Bremer Landesverbands des PARITÄTISCHEN – das sind auch 80 Jahre Geschichte von Frauen, die mit sozialem Engagement Netzwerke der Kooperation und Lobbyarbeit geschaffen haben. Wenn ich die aktuelle Liste der Bremer Mitgliedsorganisationen betrachte, finde ich viele Einrichtungen, die unmittelbar von Frauen für Frauen aktiv sind: sei es De Colores, der Frauenbund für alkoholfreie Kultur, Frauen in Findorff, der Frauen-, Erwerbs- und Ausbildungsverein, das Mädchenhaus, Nitribitt, die Fraueninitiative quirl, Schattenriss, seien es Organisationen, die für die Interessen von Frauen eine große Rolle spielen, wie die Bremer Heimstiftung, der Verband der alleinerziehenden Mütter und Väter, der Verein Neue Wege oder Pro Familia.

Hier präsentieren sich wesentliche weibliche Lebenslagen: Mädchen und junge Frauen; Mütter, Migrantinnen, Frauen im Alter. Und darin spiegeln sich nicht nur zeitliche Abschnitte im Frauenleben wider, sondern sie umreißen auch einen wesentlichen Teil von Problemlagen, mit denen sich Mädchen und Frauen auseinander setzen: Migrantinnen mit den Widersprüchen interkultureller Lebenswelten, Mädchen und Frauen, die mit physischer und psychischer Gewalt konfrontiert sind, Mütter, die in Partnerschaft oder als Alleinerziehende ihre Familienaufgaben mit ihren beruflichen Zielen vereinbaren wollen; Frauen als pflegende Familienangehörige, die sozial nicht abgesichert sind, Seniorinnen in Altersarmut.

Es ist ein wesentliches Verdienst des PARITÄTISCHEN, diese Lebenslagen über seine Verbandspolitik sichtbar zu machen. Denn nach wie vor gehen die Nöte und Schwierigkeiten von Frauen in der allgemeinen Gemengelage sozialer Probleme oft unter: Sie sind leiser und defensiver, wenn es um die eigenen Interessen geht. Ein starker Verband, der sie dabei unterstützt, wird von Tag zu Tag lebenswichtiger.

Unter den Einschnitten in ein immer löchrigeres soziales Netz leiden Frauen in hohem Maße. Einige Beispiele:

Die derzeitigen Auseinandersetzungen um die Bewilligungsverfahren für Mutter-Kind-Kuren stellen nicht nur eine Belastung für Mütter dar, sondern sind auch ein Desaster für engagierte Träger dieser Kuren. Kürzere Liegezeiten in Krankenhäusern führen zu neuen Belastungen der pflegenden Familienangehörigen – der größte Teil häuslicher Pflege wird von Laienpflegerinnen erbracht, und zwar von Töchtern und Ehefrauen. Die anstehenden Hartz-Maßnahmen haben zur Folge, dass Berufsrückkehrerinnen kein Unterhaltsgeld mehr bekommen und die Anrechnung vom Partnereinkommen verschärft wird – dies bestraft Mütter und drängt Frauen aus dem ohnehin geringeren Leistungsbezug.

Frauen leisten bis heute professionell und in bürgerschaftlichem Engagement einen großen Teil der Sozial- und Gemeinwesenarbeit. Sie werden

dabei immer mehr zu Hochseilakrobatinnen auf dem schmalen Grat zwischen angestrebter Eigenverantwortung von Bürgerinnen und Bürgern und der Verringerung staatlicher Dienstleistungen.

Kleine Projekte können ohne eine solidarische Verbandsstruktur, wie sie der PARITÄTISCHE bietet, mit diesen widersprüchlichen Anforderungen nur schwer überleben. Die vielfältige Hilfe, die der Verband als Informationshilfe im Dschungel ständig neuer Gesetzesvorgaben, als Qualifizierungsangebote für MitarbeiterInnen und als Interessenvertretung auf dem (Sozial-)arbeitsmarkt bietet, wird von den Frauenprojekten deutlich wahrgenommen und besonders gewürdigt.

Frauen spielten naturgemäß im Paritätischen Wohlfahrtsverband von Beginn an eine wesentliche Rolle, handelte es sich doch bei der Fürsorge um einen klassischen Bereich weiblicher Aktivitäten. In Führungspositionen allerdings waren Frauen in der 80-jährigen Geschichte des Verbandes eher die Ausnahme als die Regel. Herausragend waren dabei zwei Frauen:

Mit Agnes Heineken, der Vorsitzenden des Frauen-, Erwerbs- und Ausbildungsvereins (FEAV), hatte Mitte der Zwanziger Jahre der „Fünfte Wohlfahrtsverband“ – wie der PARITÄTISCHE in seiner Gründungsphase hieß – eine engagierte Vertreterin von Frauenrechten und Frauenbildung als Gründungsmitglied und Vorstandsvorsitzende. Sie wurde, da sie aus ihrer ablehnenden Haltung gegen die Nationalsozialisten keinen Hehl machte, während der Nazi-Zeit ihres Amtes enthoben. In der Phase der Neugründung des PARITÄTISCHEN nahm sie von 1946 bis 1949 noch einmal den Vorsitz ein.

Als bundesweit einzige Geschäftsführerin des PARITÄTISCHEN arbeitete Katharina Kähler von 1962 bis 1982 und wirkte in dieser Zeit aktiv an der Phase einer neuen Professionalisierung des Verbands mit.

Die Tatsache, dass in den Mitgliedsverbänden des PARITÄTISCHEN die Arbeit von Frauen einen wesentlichen Stellenwert hat, ist kein Garant für Geschlechtergerechtigkeit dieser Tätigkeitsbereiche. Für die Zukunft des PARITÄTISCHEN wünsche ich mir, dass der Verband mit einem „Gender-Blick“ die eigenen Aktivitäten weiterentwickelt. Dies bedeutet, dass einerseits Frauen in Führungspositionen und damit politikbestimmend deutlich sichtbar gemacht, gewürdigt und gefördert werden, zum anderen aber auch die Betonung, dass soziale Arbeit und Engagement für das Gemeinwesen in der Biografie von Männern einen unerlässlichen Platz haben müssen. Die auseinanderdriftende Schere zwischen denen, die immer länger erwerbstätig sind und denen, die mit immer geringerer finanzieller Absicherung für den sozialen Kitt in der Gesellschaft zuständig sein sollen, ist auch ein Geschlechterthema. Der PARITÄTISCHE hat hier eine wichtige und zukunftsweisende Aufgabe. Ich wünsche dem Verband dafür weiterhin kämpferischen Eigensinn, Unerschrockenheit gegenüber der scheinbaren Macht des Faktischen, den notwendigen langen Atem und Erfolg.

Der PARITÄTISCHE Bremen – ins Gelingen verliebt statt ins Scheitern



Alexander Künzel

*Vorstand der Bremer Heimstiftung,
Vorstandsmitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes,
Landesverband Bremen e. V.*

Wer 80 Jahre Lebens- und Welterfahrung auf dem Buckel trägt und dabei mit Herz und Verstand jung und frisch geblieben ist, der hat in seiner Verbandsgeschichte eine Konstante: Veränderung war und ist stets auch Tagesgeschäft!

Insoweit ist für mich natürlich auch der Paritätische Wohlfahrtsverband Bremen 2004 ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Situation – nämlich ein Raum, der immer wieder in vielfältiger Art und Weise gesellschaftliche Veränderungen erfährt, beeinflusst und widerspiegelt. Wobei mir nie im PARITÄTISCHEN eine Haltung begegnet ist, die Veränderungen im gesellschaftlichen Kontext in erster Linie als Störung von Besitzständen und Betriebsruhe wahrnimmt. Vielmehr zeichnet den PARITÄTISCHEN eine große Offenheit aus, etwa durch Netzbildung im Verband, durch eine Ausbalancierung von Interessen großer und kleiner Träger, der Initiative, sich zeitgemäß zu formieren.

Im Rückblick werden Chancen deutlich

Die allgemeine Finanzkrise erreicht unseren PARITÄTISCHEN Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre schon viel früher als manchen anderen Wohlfahrtsträger. Was damals ein Fluch schien, ist rückwirkend vielleicht ein Segen, denn so war es uns auch mental im Verband möglich, frühzeitig zu erkennen, dass gerade Wohlfahrtsarbeit neben ihrer ideellen Seite immer auch einer ökonomisch

gesunden Basis bedarf. Die Anpassungsschritte waren schmerzhaft und wie so manche bittere Medizin dafür umso wirksamer.

Vor diesem Hintergrund erlebe ich es jedes Mal als sehr befruchtend, wie auch in den Gremien des PARITÄTISCHEN Bremen sehr zukunftsgerichtet und wenig ängstlich gesamtgesellschaftliche Änderungen reflektiert und bearbeitet werden.

All business is local – Kooperation im „Quartier“

Aus der heutigen Krise des Sozialstaats wird deutlich, wie wenig effizient, oftmals widersprüchlich und segmentiert ein zentralistisches und bürokratisches Sozialsystem ist. Der PARITÄTISCHE hat hier die Chance und auch die Pflicht, für eine Umsteuerung zu lokal orientierten und eigenverantwortlich ausgestalteten Budgets zu plädieren.

Paritätische Netze von großen und kleinen Trägern, Integration von Selbsthilfeinitiativen, spannende Vernetzung etwa rund um die Akzent-Häuser (betreutes Wohnen für körperbehinderte Menschen) bis hin zur Altenhilfe können Menschen ermutigen, sich auch unter verschlechterten materiellen Rahmenbedingungen aktiv einzubringen. Experimente wie Stadtteilbudgets oder persönliche Budgets als Alternative zur zentral gelenkten Wohlfahrtsbürokratie passen gut in das Konzept paritätischer Vielfalt hinein.

Zukunft des Verbands – Vision der Vorreiterrolle

Wer Wohlfahrtsarbeit im Verband nicht nur als platte Lobbyarbeit zur Verteidigung von Besitzständen missversteht, erkennt, welche große Aufgabe und Chance sich die nächsten Jahre dem PARITÄTISCHEN in Bremen anbieten. Unter der demographischen und finanziellen Krise des Staates zeichnen sich ja erste Umrisslinien einer alternativen Bürgergesellschaft mit gemeinwesenorientierten Grundzügen ab. Noch sind es oftmals nur blasse Konturen, die aber neben aller Sparpolitik auch sehr inhaltlich kritische Fragen an überkommene Wohlfahrtsmuster stellen.

Eine Vision für den PARITÄTISCHEN ist deswegen, dass wir diesen Umstieg weg von einer Sozial-Konsum-Orientierung hin zu einer lebendigeren und solidarischen Vernetzung organisiert bekommen. Menschen wie Prof. Dr. Annelie Keil in Bremen oder Prof. Dr. Klaus Dörner in Hamburg haben uns wichtige Fingerzeige gegeben. Die ersten Beispiele in Bremen, wie etwa das Paritätische Versorgungsnetz, lassen ahnen, welche Modellrolle der PARITÄTISCHE in Bremen noch verantwortlich übernehmen kann.

Dafür wünsche ich trotz allen Alltagsdrucks Neugier, Tatkraft und Lust auf ein gutes Miteinander.

Nicht überrollen lassen, unbequem sein!



Karoline Linnert

*Mitglied der Bremischen Bürgerschaft,
Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen
in der Bremischen Bürgerschaft*

80 Jahre, das muss man erstmal schaffen! Herzlichen Glückwunsch an Sie, an Euch, an WeggefährtInnen und MitstreiterInnen der letzten 20 Jahre, die ich bewusst überblicken kann. Dazu möchte ich Danke sagen für die vielen Denkanstöße, Diskussionen, Informationen und Streitgespräche, die Bremen und mich bereichert haben. Und dann möchte ich mir etwas wünschen zum Geburtstag des PARITÄTISCHEN: bleibt ansprechbar, parteiisch und unabhängig, verbindet Vergangenheit und Zukunft und gestaltet diesen wichtigen Teil der Bremer Bürgergesellschaft!

Wie bei keinem anderen Wohlfahrtsverband spiegeln sich im PARITÄTISCHEN die sozialpolitischen Konflikte der heutigen Zeit wider. Betriebswirtschaftliches Denken, Parteilichkeit für arme und benachteiligte Bürgerinnen und Bürger und die lebenswerte, aber reformbedürftige bunte Wiese kleiner Träger sind eine reizvolle und anstrengende Mischung. Ohne Werteorientierung der einzelnen Träger und des Dachverbandes wird der Zwang, mit immer weniger Kosten immer mehr Leistungen zu erbringen zur bloßen Kopie der marktwirtschaftlichen Strukturen außerhalb der Gemeinnützigkeit. Diesen Weg einseitig zu verfolgen bereitet die eigene Abschaffung vor. Am Ende stehen dann bundesweit agierende profitorientiert betriebene Sozialkonzerne, die den finanziell klammen Kommunen Jugendhilfeangebote, Beratung für Menschen mit Schulden oder die Standardunterkunft für Drogenabhängige anbieten.

Was aber kann beim PARITÄTISCHEN die Werteorientierung sein, die die nächste Sparrunde übersteht und eine für Träger und KlientInnen gleichermaßen attraktive Corporate Identity bietet? Dieses Rad sollte nicht neu erfunden werden, neue Speichen und ein bisschen Öl wären aber nötig. Niemand außer dem PARITÄTISCHEN hat so gute Voraussetzungen, die Polarität und Interessengegensätze zwischen denjenigen, die mit sozialer Arbeit ihr Geld verdienen und denjenigen, die als Kunden, Klienten mehr oder weniger freiwillig Hilfen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen, zu thematisieren. Hier geht es um nichts weniger als die Würde der Menschen, die sich selbst als GestalterInnen ihres eigenen Lebens erfahren sollen. Zwang, Besserwisserei, professionelle Arroganz und institutionelle Zwänge müssen als der Selbstbestimmung entgegen gesetzte Fehler in der Sozialarbeit thematisiert und verringert werden. Das hört sich in diesen Zeiten der knappen öffentlichen Kassen als Zumutung an, ist aber in Wirklichkeit der zentrale Beitrag für einen bezahlbaren Sozialstaat, und es ist die richtige Antwort auf den schlimmen Trend vom helfenden zum schlecht versorgenden Staat.

Beim Beschäftigungsangebot der im PARITÄTISCHEN organisierten Träger für Arbeitslose kann es schnell zum Schwur kommen: sind die für Arbeitslosengeld plus 1,- € Beschäftigten die Lückenbüßer in einem Sozialstaat, den „wir“ uns nicht mehr leisten können oder geht es in Zukunft auch um ihre Würde mit Arbeitnehmerrechten, Schutz vor Willkür, dem Recht auf Qualifizierung und auf eine Perspektive?

Der gemeinsame Lernprozess aus dem Ablauf der Diskussion über die sog. Hartz-Reformen steht erst am Anfang. Eine These wage ich schon heute: wir Sozialos wollten und konnten keinen Millimeter Boden unserer komplizierten Welt freigeben, waren verstrickt in unsere eigene fachliche Sichtweise und bleiben gerne unter uns, so wurden wir von „außen“ überrollt. Die Zukunft liegt in neuen Kooperationen und in der „Außenpolitik“: Wohlfahrt als Wirtschaftsfaktor, Garant für sozialen Frieden und Standortfaktor muss sich auch dorthin begeben, wo sich andere Interessen artikulieren und sich dort streiten.

Deshalb wünsche ich mir einen politischen Dachverband. Einen, der genauso laut protestiert, wenn das Landespflegegeld gestrichen werden soll, wie wenn es ans eigene Portemonnaie bei den Zuwendungen geht. Ich wünsche mir einen starken Dachverband, der unbequem ist trotz Spendenakquise, der Transparenz gegen Bürokratie entfaltet, der lebt, sich streitet und seine Vielfalt als Qualität empfindet und das auch ausstrahlt, der sich einmischt getreu der Devise „brave Menschen kommen in den Himmel und widerborstige überall hin“.

Wohlfahrtsverbände als Zukunftswerkstätten?!



Ingelore Rosenkötter

*Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft
der Freien Wohlfahrtspflege e. V.*

Zum 80-jährigen Bestehen gratuliere ich dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Bremen, verbunden mit vielen guten Wünschen für eine weiter erfolgreiche Zukunft.

Es ist schon ein wenig ungewöhnlich, ein 80-jähriges Jubiläum zum Anlass zu nehmen, dieses Datum besonders zu begehen. Vielleicht liegt einer der Gründe darin, auf die Arbeit von Wohlfahrtsverbänden in einer gewissen Nachbetrachtung und gerade auch unter dem Aspekt von zukünftigen Entwicklungen aufmerksam zu machen.

Die Arbeit von Wohlfahrtsverbänden und im gemeinnützigen Bereich im Allgemeinen bedarf in einer Zeit, da sich (fast) alles nur nach Finanzierungsplänen und Wirtschaftlichkeitsberechnungen ausrichtet, einer viel stärkeren Darstellung nach außen. Hier geht es um die Unterstützung, Betreuung und Pflege von hilfebedürftigen Menschen und nicht in jedem Fall ist eine Kategorisierung und rein betriebswirtschaftliche Betrachtung von Leistungen möglich.

Unsere gesellschaftliche Situation und speziell in Bremen auch die wirtschaftliche Lage der Kommunen und des Landes machen ein verantwortungsvolles, nachhaltiges und vor allem auch gemeinsames Handeln erforderlich. Wir brauchen Akteure, die den Mut haben, durchaus unübliche Wege zu denken und nach Abstimmungsprozessen zu gehen, Veränderungen als Chance zu begreifen und in motivierender Konkurrenz, aber auch in unverzichtbarer Zusammenarbeit die Her-

ausforderungen zu bewältigen. Wir brauchen noch mehr als bisher Freiwillige, die sich in diesem Bereich ehrenamtlich und kompetent engagieren.

Auch in Zukunft wird es eine bunte Vereins- und Einrichtungslandschaft geben mit vielfältigen Angeboten, die allerdings viel klarer und auch abgegrenzter sein werden. Es gilt jedenfalls eine unbedingte Balance zwischen Idealvorstellung, Notwendigkeit und Machbarkeit zu finden.

Gerade in den nächsten Jahre sehe ich eine herausfordernde Phase eines notwendigen Umbaus der bisherigen Strukturen und politischen Ausrichtungen. Im Sozial-, im Gesundheits- und zum Beispiel auch im Bildungsbereich muss es einen Wechsel geben von der „Reparaturwerkstatt“ in eine „Zukunftswerkstatt“. Das heißt, wir müssen die Systeme umbauen und vorsorgende Unterstützungsmöglichkeiten bereithalten, um somit in der Folge eine viel aufwendigere Nachsorge zu vermeiden. Zurzeit müssen allerdings beide Wege nebeneinander beschritten werden und das kostet viel Geld und erfordert Bereitschaft und Investitionen auch von Einrichtungen und Vereinen. Wer diesen Weg nicht mitgehen will oder kann, wird eine unsichere Zukunft haben.

80 Jahre PARITÄTISCHER – offen für die Zukunft!



Gerd Wenzel

Hauptgeschäftsführer der Ärztekammer Bremen

80 Jahre Paritätischer Wohlfahrtsverband in Bremen. Das ist eine lange Zeit. 1924 gab es kaum Autos, keine Computer und kein Internet, aber es gab einen verlorenen Ersten Weltkrieg, eine schwache Weimarer Republik und große soziale Probleme. Die Geschichte des PARITÄTISCHEN hat der Vorsitzende Prof. Dr. Jürgen Blandow zum 75-jährigen Jubiläum plastisch und umfassend dargestellt. Der Verband ist heute finanziell gesund, sozialpolitisch gut aufgestellt und hat deshalb eine gute Ausgangsposition für die zukünftigen Herausforderungen.

Soziale Parität – Verhinderung von Ausgrenzung

Parität hat etwas zu tun mit der Würde des Menschen, der gleichberechtigt und gleichwertig lebt, unabhängig davon, ob er oder sie arm oder reich, gesund oder krank, behindert oder nicht behindert ist.

Parität ist für mich verbunden mit der alten Parole der Frz. Revolution nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Die größte **Freiheit** hat der oder diejenige, der möglichst viele Möglichkeiten hat. Sozialpolitik kann dazu beitragen, dass möglichst viele Menschen möglichst viele Möglichkeiten haben. Jeder Einzelne muss unterschiedliche Lebensentwürfe für sich machen und ändern können – und dies mit Risiken und Chancen, aber ohne die Gefahr, bei Krisen ins Bodenlose zu fallen.

Kein Mensch gleicht dem anderen. Gerade die Unterschiede und das Neue, Außergewöhnliche machen uns selbst und andere Menschen und damit das Leben erst interessant. **Gleichheit** bedeutet Gleichwertigkeit: Alle Menschen sind gleich an Würde, gleichwertig in ihrer jeweiligen Individualität. Gleichheit bedeutet, für gleiche Startchancen zu sorgen und unterschiedliche Chancen, soweit es geht, auszugleichen. Gleichheit bedeutet, jeden einzelnen Menschen in seiner Würde als gleichberechtigt anzuerkennen und keinen in seinen Chancen zu beschneiden. Eine so orientierte Sozialpolitik verhindert Ausgrenzung.

Brüderlichkeit als Kernpunkt des Sozialen bedeutet das Einstehen für den Nächsten, ganz gleich, warum dieser schwach und hilflos ist, und zwar ohne offenen oder versteckten Schuldvorwurf oder Zwang. Brüderlichkeit ist Hilfe zur Eigenständigkeit, Hilfe, über das eigene Leben wieder frei bestimmen zu können. Dabei müssen die Grundbedürfnisse wie Essen, Wohnung, Kleidung, sozialer Kontakt und soziale Integration in jedem Fall gesichert werden.

Sie werden vielleicht sagen: Viel zu abstrakt, was heißt das für die aktuelle, von Finanzkrisen geschüttelte Sozialpolitik oder den PARITÄTISCHEN in Bremen? Aber sind dies nicht nach wie vor gute Orientierungspunkte, wenn es um konkrete Veränderungen und Reformen im Sozialen geht, um Fragen der Familienpolitik, um Eingliederungshilfen für Behinderte, um die materielle Sicherung und Integration von AusländerInnen, um die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung?

Zum Verhältnis von Ökonomie und Sozialpolitik

Ökonomische Prinzipien dürfen nicht missachtet werden. Es hat keinen Sinn, wenn professionelle Dienstleister oder auch ehrenamtlich tätige Institutionen „pleite“ gehen, weil sie nicht ordentlich gewirtschaftet haben. Insofern ist ein vernünftiges ökonomisches Verhalten sinnvoll und unumgänglich. Dazu gehört auch Kostenbewusstsein und die Bereitschaft, sich Strategien zur Kostenoptimierung zu stellen.

Andererseits muss uns immer bewusst sein, dass es im sozialen Bereich nicht um die „Produktion“ von Waren und Dienstleistungen für einen normalen Markt geht. In der Regel haben wir es nicht mit „Kunden“ zu tun. Sie können häufig nicht frei entscheiden, ob sie eine Leistung kaufen oder auch nicht. Dem ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau ist zuzustimmen, wenn er feststellt: Patienten sind keine Kunden. Die spezifische Situation bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen muss den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort ebenso bewusst sein, wie den Geschäftsleitungen und Vorständen. Das spezifische Soziale darf nicht aus dem Blick geraten.

Das gilt auch für einen Verband wie den PARITÄTISCHEN, sowohl für die Dienstleistungen, die von den verbandseigenen Gesellschaften erbracht werden, als auch für die Mitgliedsorganisationen des Verbandes. Das bedeutet, dass es zu den zentralen Aufgaben gehört, neben der professionellen Erbringung von Dienstleistungen ein sozialpolitisches Mandat wahrzunehmen und die Betroffenen bei der Artikulation und Durchsetzung ihrer Interessen zu unterstützen.

Die öffentlichen Finanzen

Realistischerweise müssen wir davon ausgehen, dass sich die Finanzen der Freien Hansestadt Bremen ab dem Jahr 2006 rapide verschlechtern werden. In dem jetzt beschlossenen Haushalt ist der sogenannte Kanzlerbrief mit 500 Mio. Euro eingestellt. Jeder weiß, dass das nicht realistisch ist.

Die Sparvorgaben des Haushalts sind – zumindest im Bereich des Sozialhaushalts – ebenfalls nicht zu realisieren.

Wir müssen uns also darauf einstellen, dass wir es im Sozial- und Jugendressort mit einem Partner zu tun haben, der – wäre er privat – insolvent ist. Deshalb werden sicherlich öffentliche Zuschüsse noch weiter verringert, die Vertragsverhandlungen über die sozialhilfefinanzierten Leistungen werden sich noch einmal verschärfen, Sozialhilfeleistungen werden weiter gekürzt werden wo es nur geht.

Für den PARITÄTISCHEN wird in der Abwehr der absehbaren Kürzungen die Initiierung von rechtlichen und gerichtlichen Verfahren an Bedeutung zunehmen. Außerdem muss der Öffentlichkeit über die Medien deutlich gemacht werden, was alltäglich geschieht. Viele Menschen nehmen den sozialen Kahlschlag nicht wahr, weil sie nicht direkt davon betroffen und in ihrem Umkreis auch keine Betroffenen zu finden sind. Hier muss über die Veröffentlichung von Einzelschicksalen das zunehmende Versagen des sozialen Systems deutlich gemacht werden, um Mehrheiten für ein Gegensteuern zu gewinnen.

Qualitätssicherung und Vernetzung

Die weiter voranschreitende Verarmung öffentlicher Haushalte wird den Zwang verstärken, die Qualität von sozialen Leistungen nachzuweisen. Qualität bedeutet, dass eine Leistung – im Vergleich zu anderen Anbietern – mindestens durchschnittlich gut sein muss.

Qualitätssicherung hat in allen sozialen Bereichen zugenommen. Die neuen gesetzlichen Vorschriften zur Qualitätssicherung in der Pflege sind hier zu nennen, die Qualitäts- und Prüfvereinbarungen im Rahmen der Verträge mit dem Sozialhilfeträger, die heute noch weitgehend inhaltsleer sind. Von diesem Vordringen der Qualitätssicherung und des Qualitätsnachweises werden auch die vielen Initiativen betroffen sein, wenn sie öffentliche Fördermittel in Anspruch nehmen. Dazu gehören auch Konzepte der Vernetzung von Angeboten, um qua-

litative Stärken einzelner Anbieter auf diese Weise bündeln zu können. Der PARITÄTISCHE wird sich in Zukunft noch mehr mit Fragen der Qualitätssicherung und der Vernetzung befassen müssen.

Gesundheits“markt“

Gesundheitliche Beeinträchtigungen sind die wesentlichen Gründe, Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Die Alterung der Gesellschaft, die Zunahme chronischer Erkrankungen, die Adipositas und deren Folgen für Herz-Kreislauf und Stützapparat wird den „Markt“ für gesundheitliche Dienstleistungen wachsen lassen. Dazu gehören neben professionellen Anbietern auch Selbsthilfegruppen. Dazu gehört auch präventive Arbeit vor allem in Bezug auf Ernährung und Bewegung. Wir wissen, dass gesunde Ernährung und ausreichende und gut dosierte Bewegung das A und O für ein gesundes Leben sind.

Ich sehe hier ein Entwicklungspotenzial und viele Betroffene, die bereit sind sich selbst zu organisieren, die einen Verband wie den PARITÄTISCHEN suchen.

Alterung der Gesellschaft

Die Bevölkerung wird in den nächsten Jahren älter – das wissen wir seit langem. Es ist wahrscheinlich, dass sich die Zahl und die Dauer von Erkrankungen mit zunehmendem Alter erhöhen werden. Dies führt zu erheblichen Steigerungen der Ausgaben im Gesundheitsbereich. Die anderen Teile des Sozialleistungssystems stehen in finanzieller Hinsicht in Konkurrenz untereinander um das knappe Geld. Die vermehrten Aufwendungen im Gesundheitsbereich werden also die Finanzierungsprobleme in den anderen Sozialleistungsbereichen verschärfen. Es ist m.E. abzusehen, dass die wenig artikulationsfähigen und die kleinen Personengruppen davon besonders betroffen sein werden. Und diese sind vor allem im PARITÄTISCHEN organisiert.

Der PARITÄTISCHE und seine Mitgliedsorganisationen müssen also eine Strategie entwickeln, wie sie mit dieser Situation umzugehen gedenken. Es gibt hier keinen „Königsweg“. Es bedarf einer Vielzahl von unterschiedlichen Maßnahmen, die – wenn sie gut aufeinander abgestimmt sind – Zukunftschancen eröffnen. Dazu gehören für mich vor allem der transparente Nachweis erbrachter Leistungen und die Qualitätssicherung. Wichtig ist aber auch ein sinnvoller Mix von professionell und ehrenamtlich tätigen Menschen, eine Ausweitung der Verbandsaktivitäten in „Zukunftsmärkte“ und eine offensive Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit auch und vor allem gegenüber der Politik.

Kinder sind unsere Zukunft

Die Kehrseite zur Alterung unsere Gesellschaft ist die niedrige Geburtenrate. Wie kommt es, dass die jungen Leute heute so viel weniger Kinder bekommen als früher? Das liegt nicht nur an der Pille. Das liegt vor allem an den Bedingungen, unter denen junge Eltern und ihre Kinder leben müssen. Seit Jahren wissen wir, wie wichtig ein zuverlässiges und ganztägiges Betreuungsangebot ist, damit Eltern erwerbstätig sein können. Dafür muss sich der PARITÄTISCHE auch in Zukunft mit allem Nachdruck einsetzen.

Wir müssen ein Klima schaffen, in dem behinderte oder entwicklungsverzögerte Kinder noch besser gefördert werden. Hier hat sich in den letzten Jahrzehnten viel getan, aber auch in Zukunft muss für ein solches Angebot genügend Geld zur Verfügung gestellt werden, damit die notwendige Förderung auch erfolgen kann.

Ehrenamt und Freiwilligkeit

Die Mitgliedsorganisationen des PARITÄTISCHEN haben in Bremen die fundiertesten Erfahrungen mit ehrenamtlicher Arbeit. Viele Initiativen und Mitgliedsorganisationen leisten ihre Dienste durch das Engagement ehrenamtlich tätiger Menschen. Ein solches Engagement kommt nur dann zustan-

de, wenn es von dem einzelnen Menschen als sinnvoll anerkannt wird, wenn es befriedigend ist, ehrenamtliche Arbeit zu leisten. Der PARITÄTISCHE hört seit Jahrzehnten auf seine Mitgliedsorganisationen und die dort ehrenamtlich tätigen Menschen.

Weitere Menschen für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen ist nur erfolgreich, wenn die persönliche Erfahrung gemacht worden ist, dass es befriedigender ist, mit anderen netten Menschen gemeinsam etwas Sinnvolles zu unternehmen, als alleine fernzusehen. Ich glaube, dass man neue Ehrenamtler weniger durch Hochglanzbroschüren gewinnt, als vielmehr durch authentische, begeisterte Berichte von den Menschen, die bereits ehrenamtlich tätig sind und denen ihre Begeisterung und Befriedigung im persönlichen Gespräch anzumerken ist.

Ehrenamtlichkeit darf nicht dazu genutzt werden, bezahlte professionelle Arbeit zu ersetzen. Es darf aber darüber nachgedacht werden, welche Arbeit von hauptamtlich tätigen Professionellen gemacht werden muss und welche Leistungen auch von Ehrenamtlern erbracht werden können. Ich vermute, dass Ehrenamtler hier unterschätzt werden, vor allem, wenn es um ältere erfahrene Menschen geht.

Schlussbemerkung

Die Bedeutung der sozialen Frage wird sich in den kommenden Jahren in anderer und – gegenüber den 70er und 80er Jahren – deutlich verschärfter Form stellen. Das „Soziale“ ist ein Herzstück unserer Gesellschaft, das unsere Gesellschaft im Kern zusammenhält und den sozialen Frieden und damit auch die politische Stabilität unserer Demokratie sichert.

Ein lebendiger Wohlfahrtsverband wie der PARITÄTISCHE hat hier eine wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe. Er muss öffentlich mahnen, die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen vertreten und schließlich dürfen auch die nicht vergessen werden, die sich, aus welchen Gründen auch immer, nicht artikulieren.

(K)ein Nachwort



Jürgen Wäcken

*Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes,
Landesverband Bremen e.V.*

Vor gut fünf Jahren bin ich von einem leitenden Mitarbeiter der bremischen Sozialbehörde gefragt worden, wie ich die Zukunftsaussichten der Wohlfahrtsverbände für die nächsten zehn Jahre einschätze. Ich habe geantwortet, dass die anderen Wohlfahrtsverbände als sozialwirtschaftliche Unternehmen und Träger eigener Einrichtungen auch und insbesondere bei einer weiteren Liberalisierung und Privatisierung im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens dank ihres fachlichen Vorsprungs sehr gute Zukunftsaussichten hätten. Ob allerdings der Paritätische Wohlfahrtsverband als Dach- und Fachverband für rechtlich und wirtschaftlich selbständige gemeinnützige Einrichtungsträger auf Dauer die neuen Zukunftsaufgaben bewältigen werde, das wüsste ich leider nicht. Nun werde ich erneut nach einer Zukunftsprognose für den Paritätischen Wohlfahrtsverband befragt und soll eine Vision für das Jahr 2014 entwickeln.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband, und dabei insbesondere der Landesverband Bremen, befindet sich seit seiner Gründung in einem permanenten Weiterentwicklungsprozess. Dabei spielte in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts das Aufgreifen der „neuen Bewegungen“, der Initiativen und Selbsthilfegruppen eine besondere Rolle. Der Verband konzentrierte sich mit seinen wesentlichen personellen und finanziellen Ressourcen auf die Förderung von Mitgliedsorganisationen, die insbesondere im Gesundheitshilfe-, Arbeitslosen- und Sozialhilfebereich wie auch in der Behindertenbewegung eine bedeutende Rolle spiel-

ten. Der gute Ruf des „sozialanwaltlich“ engagierten Verbandes wirkt bis heute nach, obwohl sich die Schwerpunkte schon verschoben haben. Dieses hat nicht zuletzt mit den finanziellen Ressourcen des Verbandes zu tun. Die Arbeit der 70er und 80er Jahre wurde ganz wesentlich aus Drittmitteln finanziert, die für diese Arbeit auch ausreichend zur Verfügung standen. Anfang der 90er Jahre brachen diese Drittmittel weg. Der Verband wandte sich damals an die amtierende Sozialsenatorin Irmgard Gaertner mit der Bitte, diese fehlenden Drittmittel durch eine öffentliche Zuwendung für Spitzenverbandsaufgaben auszugleichen, wie das in anderen Bundesländern bis heute üblich ist. Frau Gaertners Antwort war denkwürdig und für den Landesverband Bremen zukunftsweisend: „Der PARITÄTISCHE als Dachverband für seine Mitgliedsorganisationen hat seine Aufgaben nicht mit staatlichen Zuwendungen zu finanzieren, sondern aus Mitgliedsbeiträgen. Bei einer entsprechenden Qualität der Arbeit sind diese Mitgliedsorganisationen ja auch sicher gern bereit, einen die Kosten der Arbeit deckenden Mitgliedsbeitrag zu zahlen.“

Diese Aussage war genau so richtig wie falsch. Insbesondere die vielen Initiativen und Selbsthilfegruppen waren und sind weder aus ihrem Selbstverständnis heraus noch wirtschaftlich in der Lage, die Arbeit des Verbandes über ihre Mitgliedsbeiträge zu finanzieren. Richtig ist, dass es mit der 1994 und 1995 vom Gesetzgeber entschiedenen Abschaffung des Selbstkostendeckungsprinzips für den Verband immer notwendiger wurde, sich für

die sozialwirtschaftlichen und inhaltlichen Interessen seiner größeren Mitgliedsorganisationen einzusetzen: Diese Mitglieder, die im entgelt- und zuwendungsfinanzierten Bereich immerhin rund 7.000 Arbeitsplätze bereitstellen, finanzieren den Verband mittlerweile zu einem großen Teil.

Aus dem Konflikt zwischen sozialanwaltlicher Vertretung von Betroffenen und Initiativen einerseits und den sozialwirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Interessen sozialer Dienstleistungsunternehmen (Leistungsanbieter) andererseits ergeben sich für den Verband ideologische Verwerfungen, die bewältigt werden müssen, um den Verband zukunftsfest zu machen.

„Wer alle denkbaren Ziele erreichen will, wird letztlich keines erreichen!“

Der Verband wird in den nächsten Jahren mit seinen Mitgliedern zu klären haben, welche Aufgaben er für diese Mitglieder erfüllen soll und wie die Aufgabenerfüllung finanziert werden soll. Dabei müssen auch bisher sakrosankte Verbandsideologien auf den Prüfstand wie zum Beispiel: Wird der Grundsatz „Ein Mitglied – eine Stimme“ auch in Zukunft aufrecht zu erhalten sein oder werden künftig Stimmanteile je nach Höhe des Mitgliedsbeitrages vergeben?

Die Entwicklung von verbandsübergreifenden sozialwirtschaftlichen Fachverbänden, Facharbeitskreisen und Arbeitgeberverbänden zeigen das Gefährdungspotenzial für einen Wohlfahrtsverband, der seine öffentliche Wirkung in der sozialanwaltlichen Vertretung von Betroffenen entwickelt hat und dabei fachlich die besondere Position frei gemeinnütziger Dienstleistungsanbieter erfolgreich stützt, aber nicht auch noch den spezifisch fachlichen Anforderungen einzelner Arbeitsfelder genügt, wie dieses ein Fachverband oder ein Arbeitgeberverband kann. Der Verband muss sich daher noch mehr als in der Vergangenheit seiner besonderen Rolle zwischen den Interessen bewusst werden und seine Möglichkeiten zwischen sozialpolitischem Handeln einerseits und Interessenvertretung für seine Mitgliedsorganisationen und -betriebe andererseits entwickeln. Der Verband hat immer mehr zu sein als nur die Summe seiner Mitglieder.

Die Kritik am deutschen Korporatismus wird in absehbarer Zeit allein nicht dazu führen, Interessenverbände „kalt zu stellen“. Sie führt aber schon jetzt dazu, dass Politik und Öffentlichkeit sehr viel sensibler die von Verbänden vertretenen Interessen analysieren und einschätzen. Der Etikettenschwindel und das Verschleiern verdeckter Ziele durch Interessenverbände wird schneller entlarvt und schlägt dann auf die Vertretenen zurück. Es ist mehr als in den vergangenen Jahrzehnten zu verdeutlichen, welche Interessen hinter einem Verband stehen, mit welchen Mandaten der Verband von wem ausgestattet ist und wer sein Handeln finanziert. Dieses gilt besonders für sozial-, jugend- und gesundheitspolitisch ausgerichtete Verbände wie den Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Nun die Vision: Der Landesverband Bremen des PARITÄTISCHEN wird sich in den folgenden zehn Jahren den geschilderten Problemen stellen und sie konstruktiv lösen. Deswegen wird der Paritätische Wohlfahrtsverband im Jahre 2014 ein durchsetzungsfähiger Verband sein, der die legitimen wirtschaftlichen und inhaltlichen Anliegen seiner im vielfach reformierten Gesundheits- und Sozialsystem tätigen gemeinnützigen Leistungsanbieter erfolgreich vertritt. Dazu hat er sozial- und gesellschaftspolitische Leitvorstellungen entwickelt, nach denen seine Mitgliedsorganisationen mit ihren sozialwirtschaftlichen Betrieben ihr Handeln ausrichten. Nur dann ist nämlich eine Sonderstellung der Wohlfahrtspflege gegenüber gewerblichen sozialwirtschaftlichen Unternehmen im zukünftigen EU-Recht zu legitimieren, das auch sozialwirtschaftliche Dienstleistungen dem Handels- und Gewerberecht zuordnen will. Da es 2014 dem Gesamtverband in Berlin endlich gelungen sein wird, die steuerlichen Privilegien der frei-gemeinnützigen Anbieter mit dem Hinweis auf ihre dem Gemeinwohl verpflichtete Zielsetzung und Kapitalbindung auch im Rahmen der erweiterten Europäischen Union abzusichern, wird der PARITÄTISCHE auch in zehn Jahren noch erfolgreich arbeiten können.